Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 10

Artikel: Geringe Wirkung durch Entwicklungshilfe
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142238

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zu beaufsichtigen und in Schach zu halten. Der Kern dieses Kontroll-Detachements muß aus Sowjet- und USA-Bürgern bestehen. Sie sollen auf der Sinaihalbinsel Polizeigewalt ausüben und dafür sorgen, daß kein Staat die zwischen Israel und Ägypten vereinbarten Grenzen ändert, es sei denn, solchen Änderungen sei freiwillig zugestimmt worden.

Man wird einwenden, die Supermächte würden sich niemals zu so etwas hergeben. Tatsache ist jedoch, daß die Sowjets selbst genau diese gemeinsame russisch-amerikanische Überwachung auf Sinai vorgeschlagen haben. Es wird auch gesagt, wenn die Amerikaner sich plötzlich zurückziehen sollten, wären die Israelis ohne Schutz. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß die Amerikaner ausgerechnet den Russen den polizeilichen Schutz des ölreichsten Gebietes der Welt überlassen werden.

Schließlich gibt es noch Leute, die erklären, sie würden eine sowjet-amerikanische Diktatur dieser Art nicht akzeptieren. Doch die Supermächte könnten ein Diktat nur auferlegen, wenn beide übereinstimmten. Wenn eine Maßahme versucht würde, die für einen der beiden unannehmbar wäre, so könnte der andere ein Veto dagegen einlegen. Solche Doppelkontrolle durch Supermächte eignet sich einzig und allein um den Status quo zu halten — aber in dieser Funktion wäre sie unangreifbar.

Der zweite Teil dieser Ausführungen wurde zum Teil dem Leitartikel des liberalen «Observer» vom 14. Oktober 1973 entnommen. Uns scheint, er enthalte diskutable und realistische Vorschläge für eine Beendigung dieses Krieges. Red.

Geringe Wirkung durch Entwicklungshilfe

Die in den fünfziger Jahren einsetzende Entwicklungshilfe — oft anfangs aus egoistischen Interessen gegeben — konnte, so ermittelte vor einigen Jahren der Bericht der Pearson-Kommission, die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer beim Aufbau ihrer Wirtschaft kaum lindern. Die staatliche Hilfe der sogenannten Geberländer, die den Entwicklungsländern in Form von «Technischer Hilfe» und Kredithilfe zur Verfügung gestellt wird, umfaßt nur zwei Prozent des Gesamteinkommens der Entwicklungsländer und zehn Prozent ihrer Investitionen. Der von den Entwicklungsländern erreichte Zuwachs des Brutto-Inlandprodukts, der allerdings keinesfalls allein auf Entwicklungshilfe zurückgeführt werden kann, beträgt jährlich zwar knapp 4,8 Prozent, wird aber zum Teil bereits durch die Bevölkerungszunahme aufgezehrt. Das Einkommen pro Kopf erhöhte sich jährlich um weniger als 2,5 Prozent,

bei den ärmeren Bevölkerungsschichten damit oft nur um wenige Mark.

Denn die rund 15 Milliarden Dollar, die an staatlichen und privaten Leistungen der Industrienationen jährlich in die Entwicklungsländer gelangen und ohnehin oft zu einer unerträglich hohen Verschuldung dieser Länder führen, fließen an anderer Stelle wieder ab: durch die Einschränkung ihres Handels mit den Industrienationen, die die noch immer auf den Export nur weniger Rohstoffe angewiesenen Entwicklungsländer durch ihre protektionistische Zollpolitik am Aufbau einer gewinnträchtigen Exportindustrie hindern; durch die Investitionen nordamerikanischer und westeuropäischer Firmen, deren Gewinne insbesondere im extraktiven Bereich — bei der Ausbeutung natürlicher Rohstoffquellen — oft höher sind als die Kapitalzuflüsse. Ein UN-Senator stellte dazu fest: «Die Kapitalabflüsse aus Lateinamerika in die Vereinigten Staaten sind heute viermal so stark wie der Kapitalzufluß in die umgekehrte Richtung. Die Länder Lateinamerikas gewähren den Vereinigten Staaten, dem reichsten Land der Welt, tatsächlich eine Art Auslandhilfe.»

Zwar haben allein die sechzehn wichtigsten westlichen Industriestaaten von 1956 bis 1970 nicht weniger als 300 Milliarden DM an öffentlichen und privaten Leistungen für 80 bis 100 Entwicklungsländer aufgebracht. Aber, so paradox dies auch klingen mag: Was sich «Hilfe» nennnt, bringt oft Vorteile für die reichen und Nachteile für die armen Nationen. Gert von Paczensky kommt in seiner kürzlich vorgelegten Gesamtbilanz «Entwicklungshilfe» — «kritisch durchgerechnet», zu einem Negativsaldo von etwa 500 Milliarden DM für die Dritte Welt. Danach haben zwischen 1956 und 1970 die wichtigsten «Geberländer» durch Gewinn, Kapitalflucht, die Verschlechterung der handelspolitischen Austauschrelationen (terms of trade) und Rüstungskäufe die riesige Summe von 800 Milliarden DM auf Kosten der Dritten Welt erhalten, denen 300 Milliarden DM an Entwicklungsbeiträgen gegenüberstehen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin) kommt zu tendenziell ähnlichen Ergebnissen. In einer Analyse der Direktinvestitionen der Industrieländer in der Dritten Welt heißt es: «Selbst wenn man die vier 'Ölländer' unberücksichtigt läßt, in denen die meisten Gewinne erzielt werden, waren die Relationen von Gewinn zu Investitionsbetrag immer noch hoch: die Gewinne (die in die Industrieländer abgeführt wurden; d. V.) übertrafen die Neuinvestitionen um 40 Prozent. Dabei hat sich die Relation in den letzten Jahren noch erheblich erhöht.»

Bei solchen Zahlen müssen die Industrieländer ihren Vorsprung gegenüber der Dritten Welt zwangsläufig vergrößern. Am Beispiel Lateinamerika, und hier vor allem Brasilien, läßt sich dies nachweisen.

200 Millionen Dollar ausländisches Kapital, vor allem aus den USA, strömen jährlich nach Brasilien. Sie brachten es zu Wachstumsraten, die einem Vergleich mit anderen Industriestaaten standhalten. Die etwa 2500 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung ziehen daraus die größten Vorteile, während die Löhne mit zu den niedrigsten in Lateinamerika gehören. Über die Hälfte der brasilianischen Bevölkerung hat keinen Vorteil von diesem wirtschaftlichen Aufschwung. Der amerikanische Einfluß bleibt gesichert.

Das neue Konzept

Erst spät haben die Verantwortlichen der Industrienationen, die auf den Welthandels- und Entwicklungskonferenzen schon lange mit den berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer konfrontiert waren, erkannt, daß es mit den bisher von West und Ost eingeleiteten entwicklungspolitischen Maßnahmen nicht gelingen konnte, das Ungleichgewicht zwischen einer wohlhabenden Minderheit und einer armen Mehrheit der Menschheit auszugleichen. Entwicklungspolitik muß heute — so haben die Erfahrungen der ersten entwicklungspolitischen Dekade erkennen lassen — mehr sein als Almosen-Vergabe und einseitige Förderung von Wachstumsprozenten. Sie muß die Position der Entwicklungsländer im Welthandel ebenso berücksichtigen wie die sozialen Auswirkungen der entwicklungspolitischen Maßnahmen, wenn es rechtzeitig gelingen soll, vor weiteren Katastrophen und Krisen den gewaltigsten Konflikt, dem wir in der Geschichte begegnet sind, abzubauen.

Obwohl einige Staaten — unter anderem die Bundesrepublik — mit einer neuen Konzeption ihrer zukünftigen Entwicklungspolitik belegen, daß sie den Appell der Vereinten Nationen in ihrem Strategie-Dokument verstanden haben, hat die dritte Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD III) in Santiago de Chile, in der sich die Länder der Dritten Welt und die Industrienationen in oft harter Konfrontation gegenüberstanden, deutlich gemacht, daß die Ankündigung dieses umfassenden Zieles nicht so rasch in politische Realität umgesetzt werden kann, wie es bei der Dringlichkeit dieser Aufgabe nötig wäre. Die wenigen kleinen Schritte, die in Santiago de Chile auf eine Linealisierung des Handels zwischen den Entwicklungsländern und der industrialisierten Welt hin gemacht worden sind, stellen noch keineswegs die Wende von der überkommenen Entwicklungspolitik zur weltweiten Strukturpolitik dar. So ist zu befürchten, daß Hunger, Armut und Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt in wenigen Jahren zu Krisen und Konflikten führen werden, die auch die wirtschaftlichen und politischen Systeme der Industrienationen gefährden. Wirtschaftliche und soziale Konflikte in der Dritten Welt, die einen großen Teil der Bevölkerung über lange Jahre kalt gelassen haben, können dann auch für uns brennende Aktualität erlangen. (Aus: «Darmstädter Blätter», 1/1973)